

Ihr Personalrat

Probezeit zur Verbeamtung auf Lebenszeit

1. Dauer der Probezeit für Beamte

Die Dauer der Probezeit beträgt für alle Schularten in der Regel **drei Jahre**. Die Mindestprobezeit beträgt ein Jahr.

2. Verlauf der Probezeitbeurteilungen

Die Schulleitung erstellt in der Regel **nach neun Monaten** die erste dienstliche Beurteilung. Spätestens in den letzten **drei Monaten vor Ablauf** der Probezeit erfolgt die **zweite dienstliche Beurteilung**. Ob die Unterrichtsbesuche durch die Schulleitung angekündigt werden, liegt in deren Ermessen. Viele Schulleitungen kündigen die Unterrichtsbesuche an, fragen Sie nach. Überprüft werden die „Eignung“, „Befähigung“ und „fachliche Leistung“. Die Bewährung muss in allen drei Bereichen erbracht werden. Im Einzelfall behält sich die **Schulaufsichtsbehörde** das maßgebende Gesamturteil vor.

Gegen eine dienstliche Beurteilung kann

- a) eine schriftliche Stellungnahme zur Aufnahme in die Personalakte abgegeben,
- b) ein Antrag auf Abänderung des Inhalts und der Note gestellt werden.

3. Verkürzung der Probezeit

Nach § 19 Abs. 2 Beamtengesetz kann die Probezeit für Beamt*innen um jeweils ein Jahr verkürzt werden.

- a) Bei „weit überdurchschnittlicher Bewährung“ = Probezeitbeurteilung mindestens Note 1,5
- b) Bei „Erwerb der Laufbahnbefähigung mit hervorragendem Ergebnis“ = 2. Staatsprüfung mindestens mit der Note 1,44

Ist eine der beiden Voraussetzungen erfüllt, verkürzt sich die Probezeit in der Regel um ein Jahr, bei beiden Voraussetzungen in der Regel um zwei Jahre, dann ist die erste Probezeitbeurteilung nach neun Monaten gleichzeitig die letzte. (Von Lehrkräften ist immer eine Mindestprobezeit von einem Jahr abzuleisten.)

4. Verlängerung der Probezeit

Die Probezeit kann verlängert werden, sofern Bedenken gegen die Übernahme ins Beamtenverhältnis auf Lebenszeit bestehen.

Gründe können Leistungsmängel, aber auch Gesundheitsprobleme sein. Dies kann auch zu einer erneuten amtsärztlichen Untersuchung führen. Lassen Sie sich unbedingt vom ÖPR oder der SBV beraten. Der Dienstherr entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen. Die Verlängerung erfolgt in der Regel zunächst um ein Jahr, insgesamt höchstens zwei Jahre.

5. Anrechnungen auf die Regelprobezeit

Es müssen Wehr- bzw. Ersatzdienst, sowie Entwicklungshilfedienst, die tatsächlich zu einer beruflichen Verzögerung führten, angerechnet werden. Es können Inanspruchnahme von Pflegezeit oder Elternzeit, Zeiten im öffentlichen Dienst bzw. Tätigkeiten, die der Lehrerausbildung entsprechen (wie Krankheitsvertretung) angerechnet werden. Maximal zwei Jahre sind anrechenbar. Wenn die dienstliche Beurteilung vor der Ernennung auf Lebenszeit nicht stattfinden konnte, weil man z.B. vorher in Elternzeit geht, verschiebt sich die Verbeamtung entsprechend.

6. Mutterschutzfristen

Die Fristen des Mutterschutzes werden voll auf die Probezeit angerechnet und führen nicht zu Verlängerungen.

7. Beurlaubung

Eine Beurlaubung ohne Dienstbezüge verlängert die Probezeit um die Dauer der Beurlaubung.

8. Entlassung aus dem Beamtenverhältnis

Der Beamte auf Probe kann entlassen werden, wenn er sich in der Probezeit wegen mangelnder Eignung, Befähigung bzw. fachlicher Leistung nicht bewährt hat.

Wichtig:

Dieses PR Info dient der ersten Orientierung und kann eine profunde Rechtsberatung in Ihrem Einzelfall nicht ersetzen. Bei individuellen Anliegen zum Thema können Sie sich gerne an den Personalrat wenden!

Rechtsgrundlage: Landesbeamtengesetz §§ 6-13, 19
Urheber: ÖPR SSA Freiburg